

Gute Aussichten im Bergischen Land

Das Übergangssystem in der Referenzkommune Rheinisch-Bergischer Kreis

Das nordrhein-westfälische Arbeitsministerium hat den Rheinisch-Bergischen Kreis (RBK) als eine der sieben Referenzkommunen ausgewählt, die das neue Übergangssystem Schule – Beruf exemplarisch umsetzen sollen. Dass der Kreis zu diesen sieben Vorreitern gehört, hat gute Gründe. Er hat Weitblick und Eigeninitiative bewiesen. Berufsorientierung ist an den Schulen der acht kreisangehörigen Städte und Gemeinden schon seit vielen Jahren kein Fremdwort mehr. In Teilbereichen geht die heute bereits bestehende Praxis sogar über das vom Ausbildungskonsens entwickelte Modell für den Übergang Schule – Beruf hinaus.



Die Stelle, an der die Fäden des Übergangssystems im Rheinisch-Bergischen Kreis zusammenlaufen, ist seit dem 01.01.2012 das im Bereich Schulaufsicht/Schulverwaltung angesiedelte „Koordinierungsbüro Übergang Schule – Beruf“ im Kreishaus in Bergisch Gladbach. Die Region kann schon auf insgesamt über ein Jahrzehnt Entwicklungsarbeit in dem Themenfeld verweisen. „Im Rheinisch-Bergischen Kreis haben sich die Akteure Schulaufsicht, Verwaltung, Arbeitsmarktförderung und Wirtschaft bereits 2005 in engen Kooperationsstrukturen zusammengeschlossen, um eine größtmögliche Anzahl an Jugendlichen in die duale Ausbildung zu bringen“,

berichtet die Leiterin des Koordinierungsbüros, Sophia Tiemann.

Die Schulaufsicht mit der Generale Übergang Schule – Beruf, die Kreishandwerkerschaft Rheinisch-Bergischer Kreis, die IHK zu Köln, der Arbeitgeberverband Metall & Elektro Köln, die Rheinisch-Bergische Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Agentur für Arbeit Bergisch Gladbach und der Landrat des Rheinisch-Bergischen Kreises gründeten schließlich im Rahmen der gewachsenen Zusammenarbeit 2009 die „Initiative für ein koordiniertes Übergangmanagement Schule – Beruf“. Ziel war, dass jeder ausbildungsreife Jugendli-

che einen Ausbildungsplatz erhalten sollte und jeder ausbildungswillige Betrieb einen Auszubildenden.

Ein Schwerpunkt war damals die Berufsorientierung in den Hauptschulen. Man erkannte schnell, dass die Probleme nicht im mangelnden Willen vonseiten der Schulen, der Wirtschaft oder anderer Kooperationspartner lagen, sondern in mangelnder Abstimmung untereinander. Deshalb wurde das Ziel formuliert, die Berufsorientierung frühzeitig und systematisch anzugehen – ein Grundsatz, dem das neue Gesamtkonzept in NRW ebenfalls folgt.

Auch der Grundsatz, die Berufsorientierung querschnittsorientiert, also nicht als Sonderaufgabe eines bestimmten Faches, an den Schulen anzulegen, stand damals schon auf der Agenda der Akteure im Rheinisch-Bergischen Kreis. Alle acht Hauptschulen der Region schlossen sich zum „Schulentwicklungsprojekt Ausbildungsreife“ zusammen und stimmten ihre Konzepte zur Berufsorientierung untereinander ab. Dabei legte man Mindeststandards für die Berufswahlelemente der Schule ab Klasse 8 fest.

Darüber hinaus fanden zahlreiche Aktionen der Wirtschaft statt, um die Berufspraxis zielgerichtet noch näher an die Schüler heranzutragen. Koordiniert wurde das Ganze durch die Akteure der Initiative, die sich zu einer „Steuergruppe Schule – Beruf“ zusammengeschlossen haben, die bis heute existiert.

Wichtiger Baustein der RBK – Zukunftsstrategie

Der Rheinisch-Bergische Kreis stieß parallel zu der Initiative der Hauptschulen

Foto: Sophia Tiemann, Leiterin des Koordinierungsbüros
Übergang Schule – Beruf, und Herbert Schiffmann, Schulamtsdirektor
des Rheinisch-Bergischen Kreises

im Jahr 2006 den Strategieprozess „RBK 2020 – Fit für die Zukunft“ an. Dabei geht es um die Entwicklung einer kreisweiten Zukunftsstrategie. Ein zentraler Baustein dieses Prozesses war von Anfang an das Übergangsmanagement Schule – Beruf. In diesem Zusammenhang entstand in der Region u. a. ein Bildungsnetzwerk, das den Austausch zwischen den Kommunen und den Bildungsakteuren beflügelte.

„Dass so etwas zustande kommt, hat auch immer mit den konkret handelnden Personen zu tun“, sagt Birgit Bär, Pressereferentin des Kreises, und nennt besonders den früheren Hauptschulleiter und heutigen Schulamtsdirektor Herbert Schiffmann sowie den Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Heinz Gerd Neu, die sich beide schon lange besonders für die Verbesserung des Übergangs von der Schule in den Beruf engagieren und auch in der Planungs- und Steuergruppe der Referenzkommune tätig sind.

Zukunftskonferenzen als steuerndes Element

Die gute Entwicklung, die das Übergangssystem im Rheinisch-Bergischen Kreis nahm, sprach sich herum. Herbert Schiffmann erhielt Anfragen aus dem gesamten Bundesgebiet, mit der Bitte, die Vorgehensweise des Rheinisch-Bergischen Kreises vorzustellen. Besonders die sogenannte „Zukunftskonferenz“, die in den Hauptschulen als wichtiger Baustein des Schulentwicklungsprogramms eingeführt wurde, machte von sich reden. Sie ist das steuernde Element bei der Berufsorientierung: Ab der Klasse 8 trifft sich jede Schülerin und jeder Schüler halbjährlich zusammen mit seinen Eltern mit dem Klassenlehrer oder der -lehrerin und versucht, einen individuellen

Weg in das zukünftige Berufsleben zu entwickeln. Dabei wird darauf Wert gelegt, den Jugendlichen eigene begründete Entscheidungen treffen und Verantwortung für den eigenen Berufsweg übernehmen zu lassen. Seine Wünsche und Neigungen sollen ernst genommen werden. Er ist das bestimmende Element in diesen Gesprächen. Die Lehrkraft übernimmt eine Moderatoren-Funktion, die Eltern stehen mit ihrer Sicht auf die Stärken und Schwächen des Jugendlichen unterstützend zur Seite.

Das verlangt einen Rollenwechsel und eine neue Form der Gesprächsführung von den Lehrkräften, die für diese Aufgabe besonders geschult werden. Der Schulamtsdirektor hat gemeinsam mit der Gesellschaft für wissenschaftliche Gesprächspsychotherapie und Beratung (GwG) ein Fortbildungscurriculum für ein anderthalbtägiges Training und Begleitmaterialien entwickelt. Zahlreiche Lehrkräfte haben dieses Angebot bereits genutzt.

Die Eltern übernehmen im Anschluss an die Zukunftskonferenzen Aufgaben und unterstützen zum Beispiel die Suche nach einem Praktikumsplatz. Denn in jeder Zukunftskonferenz wird mit den Jugendlichen eine anschließende Praxiserfahrung geplant, bei der er feststellen kann, ob sein Berufswunsch auch tatsächlich seinen Vorstellungen entspricht. Die Ergebnisse der Zukunftskonferenzen werden protokolliert und alle Beteiligten unterschreiben eine Zielvereinbarung. Auf der nächsten Zukunftskonferenz wird die Entwicklung der Berufsorientierung dann auf dieser Grundlage reflektiert.

Unterlegt wird dieser Prozess durch den Unterricht. So haben die Schulleitungen der Hauptschulen gemeinsam den Wahl-

pflchtunterricht stärker auf das Thema Berufsorientierung ausgerichtet.

Die Zukunftskonferenzen finden in Berufsorientierungsbüros statt, die an allen Hauptschulen eingerichtet wurden. Diese Büros finden sich auch im neuen Konzept Übergang Schule – Beruf NRW wieder. Die halbjährliche Zukunftskonferenz selbst geht sogar über das Phasenmodell des Landes für den Prozess der schulischen Berufs- und Studienorientierung hinaus. Dieses sieht nach jedem Schuljahr ab Klasse 8 nur eine Beratung vor. „Wir konnten den Schulleitern der Haupt- und zum Teil auch der Gesamtschulen auf einer Konferenz, auf der wir das neue Phasenmodell vorgestellt haben, sagen: Ihr seid in diesem Punkt schon weiter“, berichtet Sophia Tiemann stolz.

Das Instrument der Zukunftskonferenzen ist relativ aufwändig – die Schulen haben dafür Stundenermächtigungen bekommen –, aber es ist erfolgreich. Die Übergangsquote in die duale Ausbildung hat sich im Rheinisch-Bergischen Kreis seit 2009 stetig verbessert. Sie stieg von 24 Prozent im Jahr 2009 über 30 Prozent im Jahr 2010 auf 35 Prozent im Jahr 2011¹. Auch die anfängliche Skepsis in den Schulen ist nach der Erfahrung von Sophia Tiemann einer sehr positiven Haltung diesem Ansatz gegenüber gewichen. Und die Zukunftskonferenzen werden von den Eltern voll akzeptiert: Die Elternbeteiligung liegt auch an Schulen in sozialen Problemzonen zwischen 90 und 100 Prozent. Das ist weit mehr, als das, was andere Beteiligungsformen für die Erziehungsberechtigten an Schulen aufzuweisen haben. Sophia Tiemann

¹ Herbert Schiffmann: Berufsorientierung in der Praxis – Die Zukunftskonferenz im Zentrum der Berufsorientierung in: Schule NRW 10/11, 2011.



Birgit Bär, Pressereferentin
Rheinisch-Bergischer Kreis

glaubt, dass der entscheidende Grund dafür ist, dass die Eltern in den Gesprächen eine positive Rolle einnehmen können und nicht in erster Linie über schlechte Noten und Defizite, sondern dass vor allem über die Stärken ihrer Kinder gesprochen wird.

Potenzialanalysen sind Grundlage

Grundlage, um überhaupt in die Berufsorientierung einzusteigen, ist nach dem neuen Gesamtkonzept die Potenzialanalyse ab der Jahrgangsstufe 8. Auch dieses Element gibt es an den Haupt-, Förder- und Gesamtschulen im Rheinisch-Bergischen Kreis seit Langem. Entscheidend ist für Sophia Tiemann, dass diese Analyse der Stärken, Schwächen und Begabungen von den Schulen nicht einfach als ein Event wahrgenommen wird und verpufft, sondern dass die Ergebnisse im weiteren Verlauf der schulischen Karriere gezielt für die weitere Berufsorientierung genutzt werden.

Ein zweites Kompetenzfeststellungsverfahren am Ende der Klasse 9 dient dann dazu, den Grad der Ausbildungsreife festzustellen. Die Kriterien hierfür sind mit den Partnern in der Region und mit dem Ausbildungskonsens abgestimmt. Es geht dabei vor allem um die sozialen, fachlichen und persönlichen Kompetenzen. Auch dies ist ein Element, das über das Standardelement der Studien- und Berufsorientierung hinausgeht. „Diese Kompetenzfeststellung ist wesentlich praxisorientierter als das Verfahren in der 8. Klasse“, sagt Sophia Tiemann. „Es geht dann darum, ob der Schüler die Entscheidung für seinen endgültigen Berufswunsch wirklich begründen kann und ob seine Vorstellung von dem Berufsbild und von seinen Kompetenzen auch der Realität entspricht.“

Ein Portfolio-Instrument, mit dem die Entwicklung der Schülerinnen und Schüler protokolliert wird – ebenfalls ein Standardelement des Gesamtkonzeptes, ist im Rheinisch-Bergischen Kreis bereits eingeführt. Die Hauptschulen haben sich auf den Berufswahlpass geeinigt, nicht aber ohne ihn nach eigenen Vorstellungen zu überarbeiten. Der Arbeitskreis der Studien- und Berufswahlkoordinatoren habe den Berufswahlpass „entschlackt“, so Sophia Tiemann.

Gestartet wurde der gesamte Prozess an den Hauptschulen. Im zweiten Schritt hat man das Modell auf die Gesamtschulen übertragen. „Das geht nicht eins zu eins“, weiß die Leiterin des Koordinierungsbüros. Es sei eine organisatorische Herausforderung, für alle Schüler an den Gesamtschulen ein solches Angebot bereitzuhalten. Mittlerweile habe man diese Herausforderung aber gestemmt. Auch in den Förderschulen werden jetzt – schulformspezifisch verändert – Potenzialanalysen angeboten.

Die Potenzialanalysen werden ausgeschrieben. Zurzeit leistet eine Bietergemeinschaft der freien Träger Caritasverband und Katholische Jugendwerke Rhein-Berg diese Arbeit. Damit die Qualität stimmt, hat der Kreis einen Qualitätszirkel gegründet, in dem unter anderem die Träger und Vertreter der Schulleitungen sitzen. In diesem Gremium werden die Details der Potenzialanalysen bis hin zu den verwendeten Unterlagen abgestimmt. Außerdem bietet der Kreis dem Trägerpersonal seit diesem Jahr entsprechende Schulungen an. Damit soll sichergestellt werden, dass die Fachkräfte der Träger z. B. auch das Konzept der Zukunftskonferenzen verstehen und die Ergebnisse hier entsprechend einbringen können.

Eine weitere Besonderheit im Rheinisch-Bergischen Kreis ist die Beteiligung der Schulen am Berufswahlsiegel. Dabei handelt es sich um eine in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung entwickelte Zertifizierung für alle Schulformen, über deren Qualität das „NRW-Netzwerk Berufswahlsiegel“, in dem alle nordrhein-westfälischen SIEGEL-Regionen zusammengeschlossen sind, wacht. Eine Jury bewertet die verschiedenen Konzepte der Schulen zur Berufsorientierung und vergibt das Siegel. Besonders, dass alle Schulformen an dem Berufswahlsiegel teilnehmen, macht Sophia Tiemann froh.

Berufsorientierung in Gymnasien angekommen

Aktionen wie „Uni goes to school“, bei dem ein Gymnasium in Bergisch Gladbach Universitäts-Dozenten in die Schule geholt und den Schülerinnen und Schülern die Gelegenheit gegeben hat, sich über verschiedene Studiengänge zu informieren, zeigen, dass Berufsorientierung auch in Gymnasien angekommen ist. Denn auch Studienorientierung ist Berufsorientierung, sagen die Akteure des Ausbildungskonsenses NRW. Der Kreis überlegt, dieses Angebot ggf. in Abstimmung mit den Schulen flächendeckend auf Kreisebene fortzuführen. Auch auf anderen Handlungsfeldern wie der Kompetenzfeststellung oder Praxiserfahrungen werden in Arbeitskreisen gemeinsam mit den Gymnasien Angebote analog zu denen in den Haupt- und Gesamt- und Förderschulen erarbeitet. Es gehe nun darum, so Sophia Tiemann, sich auch bei den Schulformen, die bisher weniger im Fokus standen, schrittweise vorzuarbeiten. „Letztendlich wollen wir an allen Schulen Zukunftskonferenzen installieren.“



Sophia Tiemann, Leiterin
Koordinierungsbüro Übergang Schule – Beruf

Zukunftsmusik ist bisher auch noch das Verfahren für eine endgültige Anschlussvereinbarung am Ende der Schulzeit. Diese soll der Jugendliche in der letzten Zukunftskonferenz erhalten. Damit diese nicht den Empfehlungen anderer Akteure im Übergangsgeschehen widerspricht, will man sie mit dem Berufsberater der Agentur für Arbeit abstimmen.

Die Steigerung der Attraktivität der dualen Ausbildung – ebenfalls ein erklärtes Ziel des Landeskonzepts zum neuen Übergang Schule – Beruf – muss nach den Vorstellungen im Rheinisch-Bergischen Kreis vor allem in der Schule stattfinden. Nachvermittlungsaktionen, in denen die Agentur für Arbeit und die IHK ihre Stärken hätten, kämen nach Meinung aller Akteure eigentlich zu spät, sagt Sophia Tiemann. Prävention statt Nachsorge, das sei auch die Zielrichtung der Betriebe im Kreis.

Ein-Topf als Vorläufer

Die Teilnahme am ESF-geförderten Modellvorhaben „Ein-Topf“ des Landes seit 2010 war für den Kreis eine logische Fortsetzung des bereits in Gang befindlichen Prozesses. Es ging und geht um die Abstimmung zwischen den verschiedenen Akteuren, auch Abstimmung, was die Fördertöpfe angeht, und Arbeit an den Strukturen, besonders der personellen Strukturen.

Als Steuergremium für „Ein-Topf“ fungierte die bereits existente Steuergruppe Schule – Beruf. Alle Schritte wurden mit dieser Steuergruppe, im Rahmen von Schulleiterkonferenzen und Einzelabstimmungen mit der Agentur für Arbeit, der Jugendhilfe, dem Jobcenter oder der Wirtschaft abgestimmt. „Schon da haben wir

erkannt: Es bringt nichts, ein Projekt umzusetzen, wenn es nicht von jedem mitgetragen wird“, berichtet Sophia Tiemann.

Damit das gelingt, wurde bei der Schulverwaltung des Kreises das Koordinierungsbüro Übergang Schule – Beruf installiert, das ganz konkret die Aufgabe hat, die notwendigen Strukturen zu entwickeln. Anders als zum Beispiel in Dortmund hat das „Bildungsbüro – die Geschäftsstelle des Bildungsnetzwerkes“ hier andere Funktionen. Ihr obliegt die Aufgabe, die gesamte Bildungslandschaft zusammenzubringen. So soll sichergestellt werden, dass in enger Abstimmung zwischen Geschäftsstelle und Koordinierungsbüro, die ganze Bandbreite an Bildungsthemen sowohl im Querschnitt als auch in der fachlichen Tiefe in den Blick genommen wird.

Auch das Modellvorhaben Ein-Topf wurde im Kreis individuell umgesetzt. So hat man zentral in der Schulverwaltung keine neuen Stellen für die vorgesehenen Koordinatoren geschaffen. Das Eingreifen von dort aus in Schulen, bei der Arbeitsverwaltung usw. hielt man für den falschen Weg. „Die neuen Kräfte hätten in diesen vorhandenen geschlossenen Systemen keine Akzeptanz gefunden“, ist sich Sophia Tiemann sicher. Deswegen hat man die drei Koordinatoren, die durch das Programm finanziert werden konnten, bei freien Trägern der Jugendhilfe rekrutiert, die in den Schulen mit Berufsorientierung schon bekannt waren. „Davon können wir als Kreis nur profitieren, weil diese Kräfte sich fachlich gut auskennen, sich nicht mühsam einarbeiten müssen, an den Schulen akzeptiert sind und ihre Netzwerkstrukturen für die Arbeit zur Verfügung stellen. Außerdem hat uns das auch die Türen in die Gremien der Jugendhilfe geöffnet, die als wichtige Part-

ner eng in den Prozess eingebunden wurden“, sagt Sophia Tiemann.

Die Koordinatoren beraten in den Schulen die Lehrer und die Schulleiter. Zum Beispiel wurde im Rahmen dieser gemeinsamen Arbeitsprozesse ein System implementiert, auf dessen Grundlage unter Verwendung einheitlicher Standards und Kriterien die Zielgruppe der förderbedürftigen Schülerinnen und Schüler definiert und bestimmt werden kann. Auch die Potenzialanalysen an den Schulen wurden im Rheinisch-Bergischen Kreis bereits standardisiert und inhaltlich mit der Wirtschaft abgestimmt. Zum Beispiel hat man sich darauf verständigt, was man unter Ausbildungsreife versteht.

Controllinggruppe für das operative Geschäft

„Wir haben uns schon in den verschiedenen Gremien, die im Zuge von Ein-Topf gegründet wurden, darauf geeinigt, dass es keinen Sinn macht, sich bei der Erarbeitung von abgestimmten Strukturen nur auf die Zielgruppe der Schüler mit Förderbedarf zu beziehen, wie das Programm das eigentlich vorsah“, sagt Sophia Tiemann. So konnte man schon vor der jetzt gestarteten Umsetzung des neuen Übergangssystems Veränderungen an der Gesamtstruktur des Systems Schule – Beruf vornehmen.

Es wurde neben der Steuergruppe eine Controllinggruppe gegründet, in der Vertreter der Jugendämter, der Berufskollegs, der allgemeinbildenden Schulen, der Wirtschaft, der Schulaufsicht und der Arbeitsmarktförderung sitzen. Sie kümmert sich um das operative Tagesgeschäft, ist die Arbeitsebene, die kleinschrittig die Angebotsstrukturen abstimmt, zum Beispiel Angebotsdopplungen und -lücken identifiziert

und Optimierungsansätze entwickelt und auch über die Qualität der Angebote wacht bzw. über den Verbleib von Jugendlichen nach Maßnahmen – eine Aufgabe, die bisher kaum wahrgenommen wurde. Gerade dieser letzte Punkt ist nach der Erfahrung von Sophia Tiemann emotional stark besetzt. Deshalb sei das Vertrauen zwischen den Akteuren, das in vielen Schritten schon in der Vergangenheit durch die gewachsenen Kooperationsstrukturen aufgebaut worden sei, ein wichtiger Grundpfeiler bei der Arbeit. In der Controllinggruppe sitzen die Fachleute, die genau wissen, welche Projekte in welchen Themenfeldern existieren und wie sie finanziert sind.

In diesem Rahmen hat man im Rheinisch-Bergischen Kreis begonnen, für alle Transparenz über die verschiedenen Angebote zu schaffen. Die Controllinggruppe hat schrittweise damit begonnen, jede Schulform ab Klasse 8 unter die Lupe zu nehmen und festzustellen, welche Angebote zur Berufswahlorientierung dort durch wen gemacht werden, was von außen zu den schulischen Angeboten hinzukommt und wie die verschiedenen Rechtskreise in die Angebote hineinspielen. Dieser Prozess wird im Rahmen des neuen Übergangssystems nun weitergeführt.

Dabei hat der Rheinisch-Bergische Kreis seine Besonderheiten: Er entstand 1975 aus Teilen des ehemaligen Rheinisch-Bergischen Kreises und des früheren Rhein-Wupper Kreises und umfasst die Städte Bergisch Gladbach, Burscheid, Leichlingen, Overath, Rösrath und Wermelskirchen sowie die Gemeinden Kürten und Odenthal. Er hat rund 277.000 Einwohner (Stand 2011). Neben den acht Hauptschulen gibt es im Kreis zehn Real- und zwei Gesamtschulen, zehn Förderschulen sowie

elf Gymnasien mit insgesamt rund 23.500 Schülern (Stand 2010), außerdem zwei Berufsschulen mit rund 5.000 Schülern.

Der Kreis ist jedoch als einziger Kreis in NRW nicht Träger der Berufsschulen. Die sind hier über Zweckverbände organisiert – ein Relikt aus der Zeit vor der Gebietsreform von 1975, als diese Schulen zu verschiedenen Kreisen und Zweckverbänden gehörten. Dadurch gehören auch Kommunen zu den Zweckverbänden, die heute außerhalb des Rheinisch-Bergischen Kreisgebietes liegen. „Wir sind als Verwaltung dadurch schlank aufgestellt, kommen aber auf die Berufsschulen von außen zu. Es haben sich aber gute Kooperationsstrukturen etabliert“, macht Sophia Tiemann deutlich. Für die kommunale Koordinierung, die ein wesentlicher Bestandteil des neuen Übergangssystems Schule – Beruf ist, bedeutet dies auf den Rheinisch-Bergischen Kreis bezogen, dass sie auch über die Kreisgrenzen hinausgehen muss. „Bei uns gehen die Schülerwege nun mal auch nach außerhalb, z. B. nach Köln, Leverkusen, in den Oberbergischen Kreis oder in den Rhein-Sieg Kreis. Es hat also keinen Sinn, an unseren Kreisgrenzen Halt zu machen, wenn man Angebote strukturieren will“, so Sophia Tiemann.

Koordinierungsbüro wahrt Neutralität

Die Rolle der kommunalen Koordinierung besteht im Verständnis des Koordinierungsbüros zwar darin, Doppelstrukturen aufzudecken, nicht aber darin, Bewertungen für die einzelnen Angebote vorzunehmen. „Es hat sich in solchen Fällen bewährt, die Akteure ganz kleinschrittig an einen Tisch zu holen, unsere Analyse vorzustellen und dann den Prozess zu moderieren. Dabei geht

es darum aufzuzeigen, welche Vorteile es für jeden Einzelnen bei einer Umstrukturierung geben könnte, wenn er sich bewegt.“

Dabei versucht der Kreis, gegenüber den Akteuren wie den freien Trägern oder der Agentur für Arbeit Neutralität zu wahren. Das ist offensichtlich bisher geglückt und auch ein Grund, weshalb man sich in der Rolle der Referenzkommune wohl fühlt. „Es hätte keinen Sinn gehabt, mit dem neuen Übergangssystem zu beginnen, wenn hier nicht jahrelange Vorarbeit schon vor Ein-Topf geleistet worden wäre“, sagt Sophia Tiemann. So stehen die Kooperationsstrukturen bereits auf einem festen Fundament. Wichtige Akteure wie zum Beispiel die Agentur für Arbeit sind mit ihrem Geschäftsführer in der Planungs- und Steuergruppe Schule – Beruf vertreten.

„Stefan Krause, der Geschäftsführer der Arbeitsagentur, weiß und vertraut darauf, dass die Steuergruppe und wir als Koordinierungsbüro die Rahmenbedingungen der Agentur für Arbeit kennen“, macht Sophia Tiemann deutlich. Einseitige Schuldzuweisungen an die Agentur für Arbeit brächten keinen weiter. Es habe sich gezeigt, dass es im regionalen Raum möglich sei, mit der Hilfe der Agentur Dinge zu gestalten. So hat man zum Beispiel mit der Geschäftsführung der Arbeitsagentur besprochen, dass zukünftig jedes Angebot, das die BA in der Region finanziert, sei es BvB, sei es Berufseinstiegsbegleitung, seien es andere Maßnahmen, mit dem Koordinierungsbüro abgestimmt wird. So kann im Vorfeld gemeinsam überlegt werden, was qualitativ sinnvoll ist, wo ein Bedarf besteht und wo die BA sich als Partner des neuen Übergangssystems in der Region zielgerichtet in den Gestaltungsprozess einbringen kann. Kommunale Koordinierung bedeutet in

ANSPRECHPARTNER IN DER G.I.B.

Thomas Lindner, Tel.: 02041 767-276

E-Mail: t.lindner@gib.nrw.de

AUTOR

Frank Stefan Krupop, Tel.: 02306 741093

E-Mail: frank_krupop@web.de

KONTAKT

Sophia Tiemann, Leiterin Koordinierungsbüro

„Übergang Schule – Beruf“

Rheinisch-Bergischer Kreis

Am Rübezahlwald 7

51469 Bergisch Gladbach

Tel.: 02202 13-2523

E-Mail: Sophia.Tiemann@rbk-online.de

diesem Fall also nicht, dass sich z. B. die Agentur für Arbeit koordinieren lässt, sondern, dass sie als Partner mitkoordiniert. „Die BA ist nicht die ‚Böse‘, die nur auf Zahlen und ihre Statistik achtet, sondern wir haben das gemeinsame Ziel, möglichst viele Jugendliche möglichst schnell in Ausbildung zu bringen. Und das geht am besten, wenn man die anderen Akteure als Partner begreift. Das ist ein großer Erfolg des Prozesses hier vor Ort, aber auch der Landesinitiative“, erklärt Sophia Tiemann. Erfolgsmeldungen brauchen eben nicht nur der Kreis, sondern auch die anderen Akteure. Und dass sich Erfolge eher einstellen, wenn man an einem Strang und in die gleiche Richtung zieht, ist einleuchtend.

„Die Steuergruppe, die wichtige Themen aufgreift, Ideen entwickelt und Maßnahmen beschließt, ist unser Motor im Übergangssystem“, sagt Sophia Tiemann. Erst als klar war, dass dieser Stellenwert auch bei der Umsetzung des Prinzips der kommunalen Koordinierung, wie sie das Landkonzept fordert, erhalten bleiben konnte, hat sich der Rheinisch-Bergische Kreis entschlossen, als Referenzkommune zu fungieren. Das Koordinierungsbüro sieht seine Aufgabe in der fachlichen Vor- und Nachbereitung dieser Treffen, der Übernahme und Rückspiegelung der daraus erfolgenden Arbeitsaufträge und ggf. als Moderator.

Darüber hinaus existieren in fast allen Kommunen im Kreis eigene Arbeitskreise zum Thema Übergang Schule – Beruf, zum großen Teil initiiert durch die Jugendämter. In diesen sitzen die Jugendberufshilfe, Träger, Akteure aus den Schulen wie StuBos und Schulsozialarbeiter und Vertreter des Koordinierungsbüros. Hier werden struk-

turelle Probleme und Themen im Übergang Schule – Beruf bis hin zu Problemen einzelner Schüler besprochen.

Außerdem ist man dabei, für alle Schulformen Arbeitskreise der Studien- und Berufswahlkoordinatoren zu gründen. In diesen Arbeitskreisen sollen sich die Schulen hinsichtlich der Gestaltung und Weiterentwicklung der Standardelemente der Berufsorientierung für ihre Schulform abstimmen.

Auch die sich aus dem neuen Übergangssystem Schule – Beruf entwickelnden Aufgaben des Koordinierungsbüros werden zurzeit im Rahmen der bestehenden Gremienstrukturen abgestimmt. Diesen Prozess will man innerhalb eines halben Jahres, konkret bis zum 1. Juli, abschließen. Bis dahin soll die neue Personalstruktur stehen. „Wir haben aber in den Vorgesprächen mit dem MAIS deutlich gemacht, dass in der bei uns ja schon seit Langem angestoßenen Entwicklung in dem Themenfeld durch das neue Übergangssystem kein Bruch entstehen darf – und mit personellen Wechsels ist immer ein Bruch verbunden“, sagt Sophia Tiemann. Damit spricht sie unter anderem auf die drei Koordinatorenstellen an, die im Rahmen von Ein-Topf geschaffen wurden und nun unter anderen Finanzierungsvoraussetzungen fortgeführt werden sollen.

Vertrauen weiter ausbauen

Stand bisher die Schaffung der Gremien im Mittelpunkt der Arbeit, so steht jetzt die Datenerfassung als ein wichtiger Punkt auf der Agenda der Referenzkommune. Unter anderem hat die Controllinggruppe die Zielsetzung, anhand von belastbaren Daten sowohl Karrieren von Einzelnen als

auch die Entwicklung des gesamten Übergangssystems aufzuzeigen. Dabei spielt der Datenschutz eine wichtige Rolle. Bisher sind, jeweils auf Anfrage, Übergangszahlen, die die Schulen erheben, verfügbar – allerdings nur anonymisiert. Weiterhin melden die Berufskollegs ihre Daten auf Anfrage an den Kreis. Auch die Jobcenter teilen mit, wie viele Jugendliche sich in Maßnahmen wie dem Werkstattjahr befinden – allerdings ebenfalls nicht personenbezogen. Auch flächendeckende Daten aus der Wirtschaft fehlen bisher. Zum Beispiel ist nun gezielt herauszufinden, in welchen Berufen und Regionen Ausbildungsplätze fehlen und in welcher Form diese bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden können.

Der nächste konkrete Schritt für den Rheinisch-Bergischen Kreis ist die Unterzeichnung der nach dem Umsetzungskonzept für das neue Übergangssystem vorgesehenen Zielvereinbarungen mit dem Land. Für das Koordinierungsbüro besteht im Moment die Hauptaufgabe noch darin, bei allen Beteiligten Transparenz über das neue Übergangssystem und seine Finanzierung zu erreichen. Besonders die Berufskollegs, die bisher in die Planungen weniger einbezogen wurden, sieht Sophia Tiemann hier in nächster Zeit als die wichtigsten Gesprächspartner. Außerdem bleibt für das Koordinierungsbüro nach wie vor die Vertrauensbildung ganz oben auf der Agenda: „Dieses Vertrauen muss man bei den Akteuren für jeden Prozess neu gewinnen“, sagt Sophia Tiemann. „Dazu muss man aufzeigen, dass die neuen Angebote und Instrumente für alle Beteiligten eine Win-win-Situation darstellen. Es darf bei dem neuen Übergangssystem keine Verlierer geben.“